

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses vom 13.03.2025

Top 1 Einwohnerfragestunde

Frau Ute Fenners bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt zum Thema Carsharing und das Mobilitätskonzept der Stadt. Sie weist darauf hin, dass das Konzept eine Zielvorgabe von 100 Carsharing-Fahrzeugen enthält und viele Bürger*innen das Angebot nutzen möchten. Sie bittet den Ausschuss, die Flächen für Carsharing auszuscheiden.

Frau Mein spricht für die Initiative Wedel im Wandel und weist darauf hin, dass sich die Initiative seit zweieinhalb Jahren für die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes einsetzt. Sie betont, dass die schwierige Haushaltslage nicht als Begründung für den Stillstand herangezogen werden kann.

Sie äußert sich besorgt über die hohe Anzahl parkender Autos, die den Radverkehr gefährden. Insbesondere das plötzliche Öffnen von Autotüren und die eingeschränkte Verkehrsfläche stellen ein Risiko dar. Die Einführung von Carsharing könnte ihrer Meinung nach zu einer Entlastung führen, da dadurch die Anzahl der parkenden Autos reduziert würde. Sie weist darauf hin, dass das Mobilitätskonzept mit großem Aufwand erarbeitet und beschlossen wurde - in einer Zeit, in der auch die finanzielle Situation der Stadt angespannt war. Sie bittet daher, ein entsprechendes Angebot zu schaffen. Zudem wünscht sie sich, dass das Konzept erneut gelesen und die Präsentation der Initiative Wedel im Wandel berücksichtigt wird, da diese die Wünsche vieler Bürger*innen widerspiegelt.

Eine dritte Bürgerin äußert sich ebenfalls zum Thema Carsharing. Sie nimmt Bezug auf den offenen Brief der Initiative sowie den Anlaufplan zur Einführung von stationsbasiertem E-Carsharing von der Stadt Wedel. Sie erkennt an, dass der Prozess voranschreitet und bittet darum, keine weiteren Verzögerungen oder Hürden aufzubauen. Darüber hinaus stellt sie die Frage, ob bei allen 15 Schritten des Mobilitätskonzeptes eine Ausschreibung erforderlich sei.

Die Vorsitzende erklärt, dass voraussichtlich Einzelbeschlüsse erforderlich sein werden, die im Planungsausschuss und im Rat zu fassen sind.